

## **PRESSEMITTEILUNG**

des CDU-Landtagsabgeordneten  
Jan Bauer



**Buchholz, den 02. September 2024**

### **Bürger sorgen sich um Sicherheit im Landkreis Harburg.**

Jan Bauer, MdL, hat in einem Schreiben an die niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Harburg über die Sicherheit in ihrer Region zum Ausdruck gebracht. „Unsere Polizei leistet hervorragende Arbeit, trotzdem beschäftigt das Thema Sicherheit die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land mehr denn je“, so Bauer. „Die Menschen fühlen sich vielfach im öffentlichen Raum unsicher und unwohl.“

Nach Gesprächen mit dem Tostedter Kreistagsabgeordneten Karl-Siegfried Jobmann über die Sicherheitslage vor Ort wurde in dem Schreiben an die Innenministerin die Forderung aufgenommen, die Polizeistation Tostedt rund um die Uhr zu besetzen, da diese zurzeit nachts nicht besetzt ist.

In ihrer Antwort versicherte die Innenministerin, dass die Landesregierung und die Polizei die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst nehmen. Die Behörden betonen, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung für sie von hoher Bedeutung ist. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass das subjektive Empfinden von Sicherheit oft von den objektiven Fakten abweicht.

Die Landesregierung betont, dass die Sicherheitslage im Landkreis kontinuierlich überwacht wird und bei Bedarf Anpassungen vorgenommen werden. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass die Hinweise auf unbesetzte Polizeistellen und einen angeblich überdurchschnittlichen Krankenstand in der Polizeidirektion Lüneburg und der Polizeiinspektion Harburg von offizieller Seite als nicht nachvollziehbar abgetan werden.

Die CDU Niedersachsen hat den „Handlungspakt Sicherheit“ auf den Weg gebracht. Darin setzt sie sich für eine Stärkung der Ordnungsbehörden, wie Polizei und Justiz, ein und fordert, dass Straftäter schnell und zügig ihrer jeweiligen Strafe zugeführt werden. In diesem Rahmen fordert die CDU unter anderem Maßnahmen zum Schutz vor islamistischem Terror und Messerangriffen, wie anlasslose Polizeikontrollen und die Durchsetzung von Messerverboten. Zudem sollen illegale Migration gestoppt, die Dublin-Verordnung wieder in Kraft gesetzt und die Grenzen konsequent kontrolliert werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung des Verfassungsschutzes in Niedersachsen, der ausgebaut werden soll, um effektiv gegen islamistische Täter vorgehen zu können. Die CDU bietet der Landesregierung einen gemeinsamen „Handlungspakt für Sicherheit“ an, um ein sicheres Niedersachsen zu gewährleisten.

Ein weiterer wichtiger Schritt wurde von der CDU-Fraktion im Stadtrat von Buchholz unternommen, die einen umfassenden Antrag zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität und des Sicherheitsgefühls in der Innenstadt eingereicht hat. Dieser Antrag basiert auf den Ergebnissen zahlreicher Gespräche mit Bürgern, Einzelhändlern, Lehrern und Unternehmern, die deutlich gemacht haben, dass sich viele Menschen in Buchholz zunehmend unsicher fühlen. Die jüngsten Ereignisse in deutschen Innenstädten und der am 27. August 2024 veröffentlichte Sicherheitsbericht der Polizeiinspektion Harburg, der weiterhin hohe Kriminalitätszahlen aufzeigt, haben diese Wahrnehmung noch verstärkt.

Als Reaktion darauf hat die Polizei Buchholz bereits erste Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern. In einem gemeinsamen Spaziergang durch die Innenstadt wurden potenzielle Angsträume identifiziert, und es wurden erste bauliche Veränderungen zur Reduzierung dieser Angsträume vorgenommen. Trotz dieser Maßnahmen zeigt sich jedoch, dass die sichtbare Kriminalität und Gewalt im Stadtgebiet zunehmen, wie die jüngsten Razzien im Drogenmilieu und Vorfälle von Jugendgewalt belegen.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU-Fraktion zwei zentrale Maßnahmen: Zum einen soll die Stadt Buchholz die Schaffung und Implementierung einer sogenannten Stadtpolizei prüfen, die ähnliche Aufgaben übernehmen könnte wie die Stadtpolizeien in Hessen und Lüneburg. Diese Stadtpolizei wäre für die Überwachung städtischer Satzungen, Präventivstreifen, das Bearbeiten von Hinweisen und Beschwerden sowie die Erteilung von Platzverweisen zuständig. Durch eine verstärkte Präsenz der Ordnungsbehörde in der Innenstadt soll das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden.

Zum anderen sieht der Antrag die Prüfung der Einrichtung einer Citywache in der Innenstadt vor. Diese soll in enger Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Harburg realisiert werden und im Bereich „Kabenhof“ oder „Peets Hoff“ angesiedelt sein. Eine solche Citywache würde die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Polizei weiter intensivieren und eine höhere Präsenz von Stadtpolizei und Polizeibeamten in der Innenstadt ermöglichen. Ziel ist es, durch diese Maßnahmen nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken, sondern auch die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern.

„Natürlich ist das Empfinden von Sicherheit in der Bevölkerung immer subjektiv, aber das, was die Bürgerinnen und Bürger lesen, sehen und hören, können wir doch nicht wegdiskutieren. Mehr Polizeipräsenz würde die Situation, nicht nur gefühlt, sondern tatsächlich verbessern. Die Landesregierung ist gefordert, nicht nur statistisch, sondern auch menschlich auf die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen einzugehen“, schloss Jan Bauer.